Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

162 (14.6.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in unsr. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 25.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 28.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 28.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 28.— monatlich. Einzelverkauf 1.— Mk.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 209. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 162. **Mittwoch, den 14. Juni 1922** Erstes Blatt.

Des Fronleichnamsfestes wegen kommt die Freitagsnummer unseres Blattes erst mittags zur Ausgabe.

Größere Anzeigen für die Freitagsnummer werden bis heute abend 7 Uhr, kleinere Anzeigen bis Freitag 8 Uhr vormittags angenommen.

Deutschland und Rußland in Genua.

III.

Was wird nun?

Die Grundlage aller weiteren Betrachtungen und Berechnungen bildet naturgemäß das Reparationsproblem, mit dem die Frage einer Anleihe unmittelbar verbunden ist. Das, was jeder Einsichtige auch in Genua als die Grundlage der Verhandlungen ansah, war ja von vornherein ausgeschaltet und die Berührung der schwierigen Wiedergutmachungsfrage allein schon verboten. Alles was sich unter Umgehung dieses Kerns am Mittelmeer abspielte, war mehr oder weniger ein Suchen und Tasten, ein Sondieren und Prüfen der Absichten und Ansichten der anderen, über das man auch bei den Gefolge- und neutralen Staaten den Mantel der Geheimdiplomatie zu breiten suchte. So wird denn noch geraume Zeit vergehen, bevor man über die Konferenz ein endgültiges Urteil wird fällen können. Es ist natürlich, daß auch jetzt noch, nachdem der Rapallovertrag geschlossen und von allen Sowjetstaaten des weiten Rußlands angenommen ist, versucht wird, offen und versteckt hier die Nutzlosigkeit — dort die Wertlosigkeit des Vertrages zu erweisen. Vergessen wir nicht, daß auch das Mittel zum Zweck ist, durch das versucht werden soll, uns die Auswertung dieses Abschlusses zu vergrämen. Wenn nichts anderes, so erklärt man u. a. immer wieder, der Rapallovertrag habe „Verdacht" im Lager der Entente erweckt. Wogegen? Gegen den energischen Lebenswillen Deutschlands, gegen seinen Versuch, sich zahlungsfähig zu machen und dadurch Mittel zu erhalten, sich der Fesseln des Diktatfriedens zu entledigen? Das ist natürlich eines der mit dem Vertrag verfolgten Ziele und eben deswegen den Herren an der Seine nicht genehm, während man an der Themse schon heute wieder das Gespenst des deutschen vollwertigen Rivalen auf dem Weltmarkt am Horizont emporsteigen sieht. So wie die Sache jetzt liegt, ist es doch so, daß man uns nichts leihen will, weil die Reparationen auf uns lasten, und man glaubt die Reparationen nicht mildern zu können, ohne daß eine Anleihe zustande kommt. Mit solchem Getue vergeht kostbare Zeit, wird Wasser in ein Faß ohne Boden getragen. Schade nur, daß dadurch auch Staatsmänner ihre Kraft und ihren Namen opfern, deren zweifellos große Fähigkeiten und Macht wohl ausreichen würden und imstande wären, den Knoten mit einem Schlage zu lösen.

Nun steht bis heute nur als anscheinend tatenloser Zuschauer Amerika beiseite. Das Land, das Europa und die Welt von dem deutschen Alpdruck befreien half, hält es jetzt, nun sie diese mit in ein solches Chaos stürzte, nicht für nötig, die Folgerungen aus seinem bisherigen Verhalten zu ziehen und mit der ganzen Wucht seiner großen moralischen und materiellen Macht zu handeln und zu helfen. Indes, das wird auch nur so lange dauern, bis die Wogen der wirtschaftlichen und sozialen Krisen auch über den amerikanischen Kontinent hinwegschlagen. Amerika hat heute 5 Millionen Arbeitslose, die lediglich deshalb kein Brot finden, weil die ganze Welt an den Folgen von Versailles krankt und die Kaufkraft selbst solcher Länder abnimmt, die bisher in einer wirtschaftlichen Scheinblüte standen. Amerika ist absolut auf Ausfuhr seiner reichen Landesprodukte angewiesen, unter denen Kupfer, Getreide und Baumwolle nicht die letzte Rolle spielen. Bis jetzt haben die Vereinigten Staaten durch den Wert des jeweiligen Dollarstandes der Welt das Bild eines unerhörten Reichtums gezeigt.

Glaubt man nun, daß die riesigen dort aufgestapelten, oft in einer Hand vereinigten Reichtümer auf der einen Seite und jene immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit und Verarmung — man denke nur an die riesigen Landwirtschaftsdistrikte — auf der anderen Seite, ohne politische Rückwirkungen bleiben werden? Sollen Amerika alle die sozialen Krisen auf die Dauer erspart bleiben, die heute und seit langem unseren Erdteil schütteln? Hier liegt also für jeden, der sehen will, eine ernste Gefahr und die Angst vor ihr diktiert auch dem anscheinend innerlich souveränen Amerika seine jetzige Haltung. Daher auch das freundliche Interesse für die Konferenz im Haag, wenn auch damit noch keine entscheidende Schwenkung und kein Einlenken in der amerikanischen Europa-Politik als sicher prophezeit werden soll.

Der Gegensatz, der sich heute nach wie vor unter den Mächten geltend macht und ihre Politik bestimmt, wird diktiert durch die Interessen, die die Rentnerstaaten*) auf der einen, die Länder der produktiven Arbeit auf der anderen Seite zu vertreten haben. Das wird einem ohne weiteres klar, wenn man bedenkt, daß die an Frankreich gelangenden Reparationszahlungen bis heute noch nicht ausreichten, um die Verzinsung seiner Staatsschuld zu decken.

Werfen wir einen Rückblick auf das Gesagte, so ergibt sich etwa folgendes Bild:

Unsere Regierung war nach Genua gegangen, ohne ein bestimmtes Programm in der Tasche zu haben. Wenn sie auch nach gewissenhaften Vorarbeiten, nach eingehenden Besprechungen mit den führenden Männern der Politik und des deutschen Finanz- und Wirtschaftslebens Denkschriften von Organisationen und Reichswirtschaftsrat eingeholt hatte, so konnten doch weder Richtlinien noch Programmpunkte deutscherseits aufgestellt werden. Es mußte die erste Aufgabe der deutschen Delegation sein, die Stimmungen und Verhältnisse in Genua zu sondieren und sich dann möglichst schnell auch dem politischen Klima anzupassen. Als dann die Lücken in dem Netz erkannt wurden, das uns auch dort wieder über den Kopf geworfen werden sollte, hat man eifrig an ihrer Erweiterung und Ausnutzung gearbeitet und das Resultat dieser Arbeit war dann eben sehr bald der Vertrag von Rapallo. Wenn die deutsche Delegation mit dem Gedanken nach Genua ging nichts zu tun, was die Konferenz sabotieren könne, und nichts zu unterlassen was zu einer Auswirkung der guten Grundgedanken von Genua beitragen konnte, daß man u. a. selbst nachhelfen müsse, wo aus kleineren Anfängen größere Wirkungen für Deutschland sich ergeben konnten, so muß man heute der Regierung wie auch unseren Delegierten das Zeugnis ausstellen, daß sie die ihnen gestellte schwere Aufgabe nicht nur mit Selbstverleugnung, sondern auch mit Geschick gelöst haben. Genua kann immer nur als ein erster Schritt betrachtet werden. Man durfte auf keinen Fall die Möglichkeit verschütten, nach einer friedlichen Beendigung der Konferenz wieder — einschließlich Deutschlands — an einem anderen Orte zusammenzukommen. Durch den Rapallovertrag wurde der Stempel unter die Anerkennung Sowjetrußlands durch Deutschland gesetzt, allein die Tatsache des dadurch geschaffenen Friedenszustandes mit Rußland ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Diese Anerkennung der Sowjetrepublik ergab sich aus den Lebensinteressen Deutschlands, ihre Durchführung geschah in einer Form, die alle momentanen Sicherheiten gab, um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Rußland zu vertiefen.

Ein nicht zu unterschätzender Erfolg der Konferenz von Genua ist außerdem die Tatsache, daß uns dadurch die Möglichkeit gegeben war, unter Ausschaltung gewisser bisheriger Verhandlungsmethoden in persönliche Beziehungen zu den führenden Politikern und Wirtschaftspolitikern der Welt zu treten und damit Fäden zu knüpfen, die in eine Zukunft des Verstehens und der Verständigung weisen. Persönliche Beziehungen sind heute ja mehr denn je Alles. —

Weder Rapallo noch Genua haben uns eine unmittelbare Entlastung gebracht, aber wir dürfen auch hier nicht vergessen, daß wir den Krieg verloren haben. Drüben aber möge man bedenken, daß Besiegte gewiß Lasten tragen müssen, daß dies aber heute nur insoweit auch im Interesse der Sieger liegt, als die Produktionskraft der Länder und Völker als Quelle der Steuern und Reparationen dies gestattet, und nicht zerstört wird. Treibt man einen Staat zum Bankerott und dadurch zu einer Erniedrigung seiner Lebenshaltung, wirft man ihn um Jahrzehnte und mehr in seiner kulturellen Entwicklung zurück, so wird die dadurch ständig wachsende Unzufriedenheit und Erbitterung zur Verzweiflung, ja so muß eine solche Stimmung schließlich ungehemmt zu neuen Unruhen und Umwälzungen führen.

Das mögen sich heute alle diejenigen gesagt sein lassen, die über Reparationen und Anleihefragen brüten und denen in der Sommerhitze unserer Tage doch noch kein erleuchtender und wirkliche Rettung versprechender Gedanken gekommen ist.

Da die Grenzen und Aufgaben der bevorstehenden Verhandlungen im Haag schon in Genua festgelegt worden sind, so wollen wir hoffen, daß beide unter dem frischen Eindruck der dort gesammelten — auch negativen — Erfahrungen entstanden.

Uns Deutschen aber erwächst aus der nach wie vor innen- wie außenpolitisch höchst ernsten Lage mehr denn je die Pflicht, endlich einmal von den inneren Zänkereien zu lassen, die nur die besten Kräfte unseres Volkes verbrauchen und die Worte des Grafen Bernstorff in die Tat zu wandeln, die der ehemalige deutsche Botschafter in Washington auf einem Kongreß in Prag sprach:

Lassen wir endlich davon ab, den Nährstoff für immer neue innere Zwistigkeiten in der Vergangenheit zu suchen und beschäftigen wir uns mehr und eingehend mit den großen Aufgaben, die unserer in der Zukunft harren.

v. L.

*) Frankreich, Belgien und die politisch und wirtschaftlich unter ihrem Einfluß stehenden Länder gehören in erster Linie hierher.

Erwägungen der Reichsregierung.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die gestrige Vormittagssitzung des Reichskabinetts wurde durch den Bericht des Staatssekretärs Bergmann über die Pariser Anleiheverhandlungen ausgefüllt. Da die Reichsregierung zu diesem Bericht noch nicht Stellung nehmen konnte, vertagte sie gegen Mittag die Aussprache auf 5 Uhr nachmittags, wo eine zweite Sitzung stattfand. Obwohl sehr bedauert wird, daß die Anleihekonferenz ihre Verhandlungen nicht mit einem positiven Ergebnis beenden konnte, wird doch ein gewisser Fortschritt darin erblickt, daß der Schlußbericht des Anleihekomitees den Interessen Deutschlands sehr entgegenkommt. Hinzu kommt, daß das Anleihekomitee selbst davon überzeugt ist, seine Arbeit sei nicht umsonst gewesen, und daß über kurz oder lang das Komitee Morgan abermals zusammentritt. Man muß sich darüber klar sein, daß die große internationale Anleihe eines Tages doch kommen muß. Die Bankierkonferenz hat selbst darauf hingewiesen, daß sie ihre Arbeiten nicht als abgeschlossen, sondern nur als vertagt betrachtet. Die Wiederaufnahme der Arbeiten der Anleihekommission hängt nach Nachrichten, die von maßgeblicher Seite dem 8 Uhr-Abendblatt mitgeteilt werden, anscheinend nur noch davon ab, ob es gelingen wird, unter den Alliierten eine Einigung in der Reparationsfrage zu erzielen. In diesem Zusammenhang hat die Reise des französischen Ministerpräsidenten Poincaré eine besondere Bedeutung, da sicherlich in seinen Besprechungen mit Lloyd George auch die Anleihefrage einen breiten Raum einnehmen wird.

Wie vorauszusehen war, hat das vorläufige Scheitern der Anleiheverhandlungen zu einem katastrophalen Marksturz geführt. Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß das Reichskabinett mit großer Sorge der Entwicklung auf dem deutschen Geldmarkt entgegensieht. Naturgemäß werden auch Erwägungen angestellt, ob nicht durch bestimmte Maßnahmen den sich aus dem Marksturz ergebenden Folgen entgegengewirkt werden kann. Das Kabinett hat bereits verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt. Definitive Beschlüsse sind jedoch noch nicht gefaßt worden. Es läßt sich aber wohl sagen, daß die Reichsregierung nicht mit verschränkten Armen der katastrophalen Entwicklung auf dem Geldmarkt zusehen wird. Es muß nochmals betont werden, daß das Reichskabinett in der Frage der Reparationsleistungen und der Banknoteninflation noch keine wie immer gearteten Beschlüsse gefaßt hat. Solange der Bericht des Staatssekretärs Bergmann nicht vorlag, konnte naturgemäß keine abschließende Beratung stattfinden. Infolgedessen sind auch alle Meldungen gewisser französischer und englischer Blätter, daß das Reichskabinett bereits beschlossen haben soll, in einer Note der Reparationskommission anzukündigen, daß es seine Zugeständnisse bezüglich der schwebenden deutschen Schuld wieder aufheben müßte, als falsch zu bezeichnen.

Zu den im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen gehört auch das bevorstehende Eintreffen des Garantiekomitees in Berlin. Die Reichsregierung wird zweifellos sofort nach der Ankunft dieses Komitees mit ihm wegen der Reparationsfrage in Fühlung treten.

Die französische Antwort auf die englische Note.

w. **Paris**, 13. Juni. (Drahtber.) Die englische Antwort auf das französische Memorandum zur Haager Konferenz hat innerhalb 24 Stunden eine Replique von seiten der französischen Regierung gefunden. Poincaré weist darin die ihm in dem englischen Schriftstück gemachten Vorwürfe sachlicher Unkenntnis sehr unzweideutig zurück. Die französische Regierung erklärt sich befriedigt davon, daß auch die englische Regierung die Konferenz vom Haag lediglich als eine Sachverständigenberatung ansieht und nimmt Kenntnis von der Erklärung, daß auch die englische Regierung das russische Memorandum als null und nichtig betrachtet und bereit sei, für den Fall, daß die Russen erneut darauf zurückkommen sollten, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Die Note hält ferner das Verlangen nach Abhaltung einer Vorkonferenz aufrecht, die den beteiligten Staaten die Möglichkeit geben soll, sich im voraus über das der russischen Regierung vorzulegende Programm zu einigen. In Uebereinstimmung mit der englischen Regierung sieht auch die französische Regierung die Resolution von Cannes als bindend für die Haager Konferenz an. In der Frage der Rückerstattung des Privateigentums hält die französische Regierung ihren Standpunkt unverändert aufrecht. Sie erkennt das Recht der russischen Regierung zu Requisitionen an, jedoch unter der ausdrücklichen Vorbedingung einer gerechten Entschädigung.

Ueber das Konferenzprogramm äußert sich die Note dahin, daß, wenn die Konferenz tatsächlich stattfinden sollte, die französische Regierung auf das nachdrücklichste darauf bestehen müsse, daß jede politische Diskussion vermieden werde und lediglich die rein technischen Fragen, insbesondere die Frage der Schulden, des Privateigentums und der Kredite verhandelt würden. Sie erklärte, daß es ihr unmöglich sei, in irgend eine Ermäßigung der russischen Kriegsschulden einzuwilligen. In der Frage der russischen Staatsanleihe erachtet es die französische Regierung als conditio sine qua non, daß die Rechte der Titelinhaber anerkannt und respektiert und daß ihnen ausreichende Bürgschaften von den Sowjets gegeben werden. Hinsichtlich der Rußland zu gewährenden Kredite stimme die französische Regierung mit der englischen in der Auffassung überein, daß Rußland unmöglich Geldgeber finden könne, wenn es nicht befriedigende Bedingungen anbiete.

*

Paris, 13. Juni. Poincaré hat innerhalb 24 Stunden auf die Note der englischen Regierung geantwortet. Offenbar war die außerordentlich scharfe und wenig liebenswürdige Kritik, die die englische Note an den Argumenten des französischen Memorandums übte, der Grund, der Poincaré zu einer so prompten Antwort veranlaßte. Die englischen Vorwürfe über Gedankenverwirrung und Sachunkenntnis scheinen es gewesen zu sein, die Poincaré persönlich verletzten und ihn dazu trieben, den Ball sofort wieder zurückzuwerfen. Sachlich bringt die Note wenig Neues, da Poincaré seinen Standpunkt in allen Fragen aufrecht hält und mit wenig Geschick versucht, die englischen Gegenargumente zu widerlegen.

Bevorstehende Reise Poincarés nach London.

w. **Paris**, 13. Juni. (Drahtber.) Wie „Havas" mitteilt, wird der Ministerpräsident Poincaré am Freitag nach London reisen, um dort an verschieden. Festlichkeiten des engl. Hilfsbundes „Verdun" teilzunehmen, die mit einem Empfang in der französischen Botschaft abgeschlossen werden sollen. Poincaré wird am Montag abend wieder in Paris eintreffen.

b. **Paris**, 13. Juni. (Drahtb.) Wie der Korrespondent des „Journal" aus London meldet, mißt man in englischen politischen Kreisen nach dem Mißerfolg des Anleihekomitees der Reise Poincarés nach London besondere Wichtigkeit bei. Weder Frankreich, noch die Alliierten würden über die Reparationsfrage einen Beschluß fassen, bevor diese Zusammenkunft stattgefunden hat. Wie der Londoner Korrespondent des „Petit Journal" aus guter Quelle wissen will, wird die Reise Schanzers nach London mit derjenigen Poincarés zusammenfallen. Trotzdem die Reise Schanzers noch nicht offiziell bestätigt worden sei, spreche man in politischen Kreisen als sicher bevorstehend davon. Gewisse Zeitungen behaupten, daß der italienische Außenminister sich mit dem Abschluß einer englisch-italienischen Allianz beschäftigen werde. In offiziellen Kreisen werden aber diese Gerüchte dementiert, und man erklärt, nichts Bestimmtes über das Ziel der Reise Schanzers zu wissen.

Kein Vormarsch der Franzosen am 15. Juni.

t. **London**, 13. Juni. (Drahtber.) **Im Unterhaus wurde gestern neuerdings die Frage der Reparationen und die der von Frankreich geführten Sanktionspolitik aufgeworfen. Der Ministerpräsident erklärte auf eine Anfrage, daß nach dem Meinungsaustausch, der zwischen Paris und London in der Frage der Sanktionen erfolgte, nicht mit einem Einmarsch der französischen Truppen am 15. Juni gerechnet werden müsse.**

Die nächste Dekadenzahlung gesichert.

Berlin, 13. Juni. Wie die Blätter hören, ist die am 15. ds. Mts. fällige Dekadenzahlung von 50 Millionen Goldmark an die Reparationskommission gesichert, so daß die Zahlung termingemäß erfolgen kann.

Frankreich will nichts zahlen.

t. **Paris**, 13. Juni. (Drahtber.) Nach einer Pressemeldung wird Frankreich in Washington erklären lassen, daß es ihm mehrere Jahre lang unmöglich sein würde, auch nur einen Dollar Zinsen zu zahlen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Das Ende des Prozesses Killinger.

Der Freispruch des Angeklagten.

Nach sechstägiger Dauer ist gestern abend ½6 Uhr der Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. von Killinger wegen Beihilfe zum Mord an Erzberger zu Ende gegangen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, darauf erfolgte der Freispruch und die sofortige Entlassung aus der Haft. Killinger hat an diesem Tage gerade 9 Monate in Untersuchungshaft gesessen. Der Freispruch kam nicht überraschend. Die ganze Entwicklung des Prozesses zeigte, daß die Anklage nur auf schwachem Boden stand. Die Absonderlichkeit, daß die Anklage sich auf einen Beweis stützen mußte, daß Schulz und Tillessen die Mörder Erzbergers sind, ohne daß sie rechtlich verurteilt waren, ließ von vornherein einen Freispruch erwarten. Das Interesse richtete sich ja schließlich weniger auf den Angeklagten, als auf den Teil des Prozesses, der sich mit der Verfolgung der Mörder Erzbergers beschäftigte. So groß die Kosten sind, die dem Staat durch diesen Prozeß erwachsen, so ist es doch zu begrüßen, daß durch diesen Prozeß Klarheit geschaffen ist über das, was bisher zur Verfolgung der Mörder Erzbergers getan wurde. Gegen die Justiz wird ja so oft der Vorwurf erhoben, daß sie in politischen Prozessen sich von Vorurteilen leiten lasse. Auch die Verfolgung der Mörder wurde von denen ausgebeutet, die an der Herabsetzung unseres Richtertums ihre Freude haben. Nun hat der Prozeß, der gestern in Offenburg zu Ende ging bewiesen, daß die badischen Behörden und auch die Behörden der anderen Länder, die mit diesem Prozeß zu tun hatten, und denen die schwere Pflicht obliegt, den Mord an Erzberger aufzuklären und die Täter zu verfolgen, bis jetzt alles getan haben, was in ihrer Macht lag. Niemand kann ihnen heute den Vorwurf machen, daß aus politischen Gründen die Verfolgung der Mörder Erzbergers nicht mit der nötigen Energie betrieben wurde.

Die zweite wichtige Aufgabe des Prozesses war es, dem deutschen Volke Aufklärung zu bringen darüber, ob tatsächlich in Deutschland Geheimorganisationen existieren, in denen Mordpläne zur Beseitigung politischer Gegner ausgeheckt und von denen Mörder ausgeschickt werden. Den Männern, die auf der Geschworenenbank saßen, kann man kaum politische Befangenheit vorwerfen; es sind Männer der Arbeit, die mit gesunden Sinnen sich die Dinge betrachteten und darnach ihr Urteil fällten. Sie sind ohne Zweifel schon im Laufe des Prozesses zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Zusammenhang zwischen der Tat und der sogenannten Organisation C nicht besteht. In zehn Minuten waren sie sich über ihren Wahrspruch einig. Sie lehnten die gestellten Schuldfragen ab. Es lagen den Geschworenen zwei Fragen vor: Ist der Angeklagte schuldig, Schulz und Tillessen zunächst vor der Tat Beistand zugesagt zu haben? Die zweite Frage lautete dahin, ob Killinger schuldig sei, nach der Tat die Beiden unterstützt zu haben, im Bewußtsein die Mörder Erzbergers vor sich zu haben. Beide Fragen haben die Geschworenen verneint. Darauf mußte der Freispruch erfolgen.

Die Verteidigung stellte es zwar in Frage, ob Schulz und Tillessen tatsächlich die Mörder sind, sie bezweifelte jedoch nicht, daß Schulz und Tillessen Mitwisser und Mittäter am Morde sind. Es ist der Verteidigung gelungen, die Geschworenen davon zu überzeugen, daß Schulz und Tillessen nicht mit dem Mordplane im Kopfe von München abgefahren sind, sondern daß der Plan erst unterwegs zur Reife gediehen, nach Annahme der Verteidigung in den Tagen vom 14. bis 17. August in Stuttgart oder Ulm. Damit war auch die Auffassung gegeben, daß ein Zusammenhang des Mordplanes mit der Organisation C nicht besteht. Der Eindruck, daß Schulz und Tillessen nicht mit dem Mordplane im Kopfe von München abgefahren sind, stellte sich sehr bald im Verlaufe des Prozesses ein. Ob die Annahme des Verteidigers richtig ist, daß die Tage in Stuttgart oder Ulm vom 14. bis 17. August entscheidend waren, wird sich vielleicht später herausstellen. Man könnte auch zu der Annahme kommen, daß die beiden schon bei der Abfahrt von Berlin ein bestimmtes Ziel im Auge hatten. Die Annahme scheint richtig zu sein, daß der Fanatismus der Beiden von einer bisher unbekannten Seite plötzlich einen Antrieb erhielt und sich in die schreckliche Tat umsetzte.

Der Münchener Verteidiger des Angeklagten machte starken Eindruck auf die Geschworenen durch seinen Hinweis auf die schweren Leiden der Bayern während der Herrschaft der Räterepublik. Mit starker Betonung wies er darauf hin, daß die Brigade Ehrhardt und die Leute der Organisation C es waren, die unter Einsetzung ihres Lebens mitgeholfen haben, in Bayern wieder Ruhe und Ordnung herzustellen.

Der letzte Verhandlungstag.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Offenburg, 13. Juni 1922.

Zunächst wird der Zeuge Müller, Mitglied der Organisation C, noch einmal über den anonymen Drohbrief vernommen, als dessen Verfasser er verdächtig ist. Der Zeuge hat vor dem Untersuchungsrichter ein Probeschreiben anfertigen müssen. Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß in dem anonymen Brief auffallende Aehnlichkeiten mit gewissen Ausdrucksformen des Probeschreibens befinden. Der Zeuge bleibt jedoch dabei, nicht der Briefschreiber zu sein.

Der frühere Fähnrich zur See Massow von Prince, 22 Jahre alt, Mitglied der Organisation C, wird unvereidigt vernommen. Er hat mit Schulz in München im gleichen Zimmer gewohnt. Zunächst soll er darüber Auskunft geben, wann er Schulz zum letztenmal in München gesehen hat. Bei früherer Vernehmung hat er das eine Mal behauptet, den Schulz Mitte August, das andere Mal Ende August zum letzten Mal flüchtig auf der Straße gesehen zu haben. Vor Gericht erklärt er heute, es sei Ende August gewesen. Er habe bei der ersten Vernehmung durch die Polizei absichtlich falsch ausgesagt, weil er den Grund der polizeilichen Erhebungen nicht gekannt habe. Der Vorsitzende findet seine Zeitangaben etwas merkwürdig. Eine Aufklärung über den Zweck einer Liste mit Namen, die der Zeuge geschrieben und die jetzt dem Gericht vorliegt, verweigert der Zeuge, um sich nicht einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen.

Der Bruder des verdächtigen Heinrich Tillessen, Karl Tillessen, hat bekanntlich von seinem Recht der Aussageverweigerung Gebrauch gemacht. Er äußerte sich vor Gericht nicht über die Charaktereigenschaften seines Bruders, die für Erkennung der Motive der Tat von Wert wären. Doch hat er sich früher dem Untersuchungsrichter gegenüber über den Charakter seines Bruders geäußert. Der Untersuchungsrichter wird nun auf Verlangen des Staatsanwalts darüber vernommen. Von der Verteidigung wird zunächst gegen diese Vernehmung mit dem Hinweis auf strafprozeßrechtliche Bestimmungen protestiert. Der Gerichtshof kommt nach Beratung zur Entscheidung, daß dem Verlangen des Staatsanwalts stattzugeben sei. Der Untersuchungsrichter erzählt nun, welches Urteil Karl Tillessen über den Charakter seines Bruders Heinrich Tillessen ihm abgegeben hat. Der des Mordes verdächtige Heinrich Tillessen sei

ein Fanatiker und Dickkopf;

er wie auch Schulz hätten in letzter Zeit vergrämt und verbittert geschienen. Es sei mit ihnen nichts mehr anzufangen gewesen. Heinrich Tillessen sei wie auch Schulz ganz in seine Ideen verrannt gewesen, ihre Meinung sei gewesen, daß es heute nicht mehr ohne Mord und Totschlag abgehen könne. Als Vermögen habe Heinrich Tillessen nur einige Tausend Mark zur Verfügung; wenn er dieses Geld nicht abgehoben habe, so sei es ihm, dem Bruder, schleierhaft, woher er das Geld für seine Aufwendungen nehme.

Der im Saal anwesende Karl Tillessen äußert sich zu der Wendung Mord und Totschlag. Er habe dabei nicht an Mord gedacht, sondern an einen Bürgerkrieg.

Staatsanwalt und Verteidiger verzichten dann auf die Vernehmung weiterer Zeugen und auf Vorlage weiterer Beweismittel.

Die Fragen an die Geschworenen.

Das Gericht legt dann den Geschworenen folgende zwei Fragen vor:

Frage 1:

Ist der Angeklagte Manfred v. Killinger schuldig:

dem Kaufmann Heinrich Schulz aus Saalfeld und dem Oberleutnant a. D. Heinrich Tillessen aus Köln-Lindenthal, nachdem sie den Reichstagsabgeordneten Math. Erzberger am 26. August 21 bei Griesbach gemeinschaftlich durch mehrere Pistolenschüsse vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet hatten, wissentlich Beistand geleistet zu haben, um sie der Bestrafung zu entziehen, und den Tätern diesen Beistand vor Begehung der Tat zugesagt zu haben?

Für den Fall der Verneinung der Frage 1

Frage 2:

Ist der Angeklagte Manfred v. Killinger schuldig — dann wie bei Frage 1 — Beistand geleistet zu haben, um sie der Bestrafung zu entziehen?

Die Frage läßt also die Möglichkeit, vor der Tat Unterstützung zugesagt zu haben, fallen.

Darauf beginnt 10.10 Uhr vormittags

Staatsanwalt Burger seine Anklagerede.

Er betont in seiner Einleitung, daß er sich nicht auf politische Erörterungen einlassen wolle. Trotzdem den Geschworenen nicht die Frage vorgelegt sei, ob Schulz und Tillessen die Täter seien oder nicht, so verlange doch der Beweis für die Beihilfe, der der Angeklagte beschuldigt sei, den Nachweis, daß Schulz und Tillessen die Mörder sind. Der Staatsanwalt führte dann das gesamte, durch die Verhandlung bekannt gewordene Beweismaterial ins Feld zur Stütze seiner Behauptung, daß nur Schulz und Tillessen diejenigen sein können, die als die Mörder Erzbergers anzusehen sind. Auf den Nachweis der Täterschaft von Schulz und Tillessen fallen fast 1½ Stunden der zweistündigen Rede, dann geht der Staatsanwalt auf die Anklage gegen Killinger ein. Er zählt etwa 10 Tatumstände auf, mit deren Hilfe sich eine Schuld Killingers nachweisen lassen soll: Zunächst das Zusammensein der Täter mit dem Angeklagten in der gleichen Abteilung einer Geheimorganisation; das Zusammensein nach der Tat; dann das Abstellen der Koffer bei Killinger über den 29. und 30. August, anscheinend um bei einer eventuellen Wohnungsdurchsuchung gesichert zu sein; dann das plötzliche Antreten eines Nachurlaubs mit Zustimmung von Killinger; dann der aufgefundene Brief von Schulz an seine Mutter, in dem er bittet, Post an ihn ohne seine Namensaufschrift zu Killinger als Deckadresse zu schicken; dann der kurze Aufenthalt des Schulz in München am 9. August und seine Abreise mit Hilfe des Angeklagten; dann die Aussage des Zeugen Prince, daß Schulz Mitte August, kurz vor Beginn der Verfolgung Erzbergers, nochmals in München gewesen sei. Dann weist der Staatsanwalt auf die Möglichkeit hin, daß dem Angeklagten doch durch seine Organisation Geldmittel zur Unterstützung der Täter zur Verfügung standen. Dann bringt er noch die verdächtige Paß- und Stempelangelegenheit zur Sprache, ferner den verdächtigen Befehl vom 5. 9., an Killinger keine Post zu schicken. Der Befehl sei gegeben, bevor die Polizei der Organisation C auf die Spur kam.

Die Rede hinterläßt den Eindruck, daß der Staatsanwalt seine Beweise für eine Zusage der Unterstützung vor der Tat weit schwächer einschätzt, als die Beweise für eine wissentliche Beihilfe nach der Tat.

Die Reden der Verteidiger.

Rechtsanwalt Krieg-Offenburg weist die Geschworenen zunächst darauf hin, daß die Täterschaft von Schulz und Tillessen fraglich sei, ein Zweifel an ihrer Mitwisserschaft und Mitbeteiligung bestehe jedoch kaum. Eine Aburteilung wegen Mordes in Abwesenheit der Angeklagten kenne unser Strafgesetzbuch nicht. Der Richter müsse die Täter gesehen haben. Und dies umsomehr, wenn es sich, wie im vorliegenden Fall, um einen reinen Indizienbeweis handle. Der Indizienbeweis versage jedoch in dem Augenblick, in dem die Schüsse fallen. Der Verteidiger weist auf die mehrfach starken Abweichungen der Aussagen über das Aeußere der Täter hin, besonders unter Zugrundelegung der Beschreibung des unmittelbar Beteiligten Abg. Diez. Dann weist er auf den unbekannten Dritten hin, den eine Zeugin aus Tuttlingen bei den beiden Verdächtigen gesehen habe. Es sei nicht erwiesen worden, daß dieser Dritte der Organisation C angehöre. Um eine Verschwörung und Auslosung der Täter könne es sich auch nicht handeln, denn normalerweise würde man als Täter nicht Menschen mit auffallenden Merkmalen im Gesicht wählen. Die politischen Ansichten, aus denen heraus man den Mord zu erklären suche, hätten Schulz und Tillessen nicht erst in ihrem Münchner Kreis in sich aufgenommen, sondern schon früher. Daraus könne man keine Schlüsse auf eine eventl. Anstiftung durch die Organisation C ziehen. Bis zum 14. August hätten die beiden Verdächtigen ihre Reise unter Angabe ihrer richtigen Namen gemacht. Es sei sehr wohl möglich, daß erst nach diesem Zeitpunkt ,vielleicht durch Einwirkung Dritter, der Entschluß zur Tat reifte. Er sei der Ueberzeugung, daß zwischen 14. und 17. August der entscheidende Moment liege. Nach der Tat sei Tillessen in Ulm in Gesellschaft von Leuten gesehen worden, die wie nachgewiesen ist, nicht zu den Münchner Organisationsleuten gehörten. Beweise für eine Zusage vor der Tat seien überhaupt nicht vorhanden. Der Staatsanwalt ziehe aus dem Verhalten des Angeklagten nach der Tat seine Schlüsse auf die Zeit vor der Tat. Aus der politischen Stimmung der Münchner Organisation Rückschlüsse auf die Täter und Anstifter zu ziehen, sei ganz unmöglich, denn Erzberger habe überall Gegner gehabt und Schimpfer auf ihn habe man überall hören können. Es fehle auch jeder Beweis dafür, daß der Angeklagte nach der Tat gewußt hat, daß Schulz und Tillessen die Täter seien. Diesen Schluß könne man auch nicht aus der Zusammenkunft am Sonntag, 28. August, im Englischen Garten in München ziehen. Der Verteidiger spricht dann vom aufrichtigen Charakter des Angeklagten und verteidigt dabei die Ziele der Brigade Ehrhardt und der Organisation C. Die Geschichte von dem Unterstellen der Koffer bei Killinger biete auch keinen Beweis, denn derartiges Unterstellen sei bei Killinger öfter vorgekommen. Es fehle auch jeder Beweis dafür, daß Killinger in Schulz den Täter sah, als er ihn am 9. September mit dem Auto zur Bahn brachte. Die Benützung eines Autos sei in einer Großstadt nichts Auffälliges. Auch der Brief des Schulz an seine Mutter wegen Nachsendung der Post an Killinger könne nicht zur Stütze der Anklage benützt werden. Der Angeklagte erkläre, von einem solchen Auftrag nichts gewußt zu haben. Es sei sehr wohl möglich, daß Schulz diese Anweisung gegeben habe, ohne sich vorher mit Killinger zu verständigen. Als beachtenswert führt der Verteidiger noch aus, daß Killinger ohne jede Vorsicht in die Falle gegangen sei, die man ihm bei seiner Verhaftung zum Zweck der Festnahme stellte. Hätte er, wie der Verteidiger sagt, Dreck am Stecken gehabt, wäre er sicher sehr vorsichtig gewesen. Zum Schluß weist Rechtsanwalt Krieg die Geschworenen auf das große Unglück hin, das auf dem Angeklagten durch die neunmonatige Untersuchungshaft laste.

Die etwa einstündige Rede erhielt Zeichen des Beifalls aus dem Raum des Publikums.

Der Münchener Verteidiger beschäftigte sich ausschließlich mit der Person des Angeklagten und mit der Tätigkeit der Organisation C und der Brigade Ehrhardt.

Der Staatsanwalt erwiderte nochmals.

Killinger hatte das letzte Wort und erklärte: „Ich bin unschuldig."

Dann folgte die Belehrung der Geschworenen und nach kurzer Zeit fällten die Geschworenen den Freispruch.

Reichspräsident Ebert u. Bayern.

(Von unserem Münchner Vertreter.)

K. **München**, 12. Juni.

Seit Bestehen der deutschen Republik ist es zum ersten Male, daß der Reichspräsident in Bayerns Hauptstadt zum Besuch verweilt. Es war von vornherein für Kenner der Verhältnisse klar, daß bei dieser Gelegenheit gewisse staatspolitische Gegensätze deutlich in Erscheinung treten würden. Bayern, das die bitteren, gräßlichen Rätetage als unvergeßliche Erinnerung besitzt, ist an sich, zumal mit seiner überwiegenden agrarischen Bevölkerung, wenig für die Republik begeistert. In der größten Partei Bayerns, der Bayr. Volkspartei, besteht zweifellos ein starker monarchisch gesinnter Flügel; dazu kommen die ausgesprochenen Rechtsparteien. Trotz dieser Tatsache darf aber festgestellt werden, daß ein nicht unbeträchtlicher Bevölkerungsteil sich mit der Republik abgefunden hat, oder doch diese staatspolitische Angelegenheit als gegenwärtig minderwichtig in den Hintergrund stellt und betont, daß augenblicklich weit brennendere Fragen für Deutschland zu lösen sind als diese.

Zu dieser Gruppierung kommt nun aber der innerpolitische Flügel der äußersten Rechten. Der Rechtsradikalismus, bestehend aus der sogen. nationalsozialistischen Arbeiterpartei, den Deutschvölkischen, Deutschnationalen, gewissen studentischen Organisationen usw. spielt in München immerhin eine gewisse Rolle. Sie ist zwar nicht so bedeutsam, als sie sich durch lautes Auftreten öffentlich bekundet, aber immerhin eine Erscheinung im Münchener politischen Leben, mit der man rechnen muß.

Am frühesten hat sich schon gegen die erste Meldung vom Besuch des Reichspräsidenten die nationalsozialistische Arbeiterpartei gewandt, sie richtete einen scharfen offenen Brief an ihn, der eine unverhüllte Drohung darstellte. Als sowohl die Anhänger des Reichspräsidenten als auch die Regierung zu erkennen gaben, daß sie den Besuch zu schützen wüßten und insbesondere Auer, der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, den Schutz durch die organisierten Parteianhänger ankündigte, da veröffentlichten die „vaterländischen Vereine und Verbände Münchens" einen offenen Brief, in dem sie ihren Mißmut über den Besuch aussprachen, wobei man sich nicht gegen die Person, als vielmehr gegen das „System" wandte. Ebert wurde das Recht abgesprochen, im Sinne der Weimarer Verfassung den Reichsvertreter zu verkörpern.

Unter diesen Vorzeichen fand der Besuch des Präsidenten Ebert statt. Aus den verschiedentlichen Kundgebungen, die den Reichspräsidenten begrüßten, ist zu ersehen, daß sowohl Anhänger als Gegner die Straßen besetzt hielten. Zu Ehren des Besuches wehte am Bahnhof neben der Münchner Fahne eine mächtige Flagge weiß-blau — just dort, wo noch am Vortage die viel bekämpfte schwarz-rot-gelbe Fahne gehißt war. Die schwarz-rot-gelben Fahnen haben sich in verkleinertem Format auf das Dach des Bahnhofs geflüchtet. Die weiß-blaue Fahne wurde allseits viel beachtet und besprochen, je nach dem Standpunkt, freudig, witzelnd oder entrüstet.

Die „M.-Augsburger Abendzeitung" begrüßt natürlich diese Flaggenänderung u. a. mit den Worten: „Herr Ebert kann daraus ersehen, daß man die Revolutionsfahne in Bayern weniger liebt als die alten Farben."

Die Münchner Presse ist gegenüber dem Besuch im allgemeinen zurückhaltend. Die „Bayerische Staatszeitung" brachte bereits in ihrer Samstag-Nummer einen Begrüßungsartikel, der in seinen Ausführungen beachtenswert ist. Hierin wird die streng verfassungsmäßige Amtsführung, sein natürliches Taktgefühl, ein sicherer Blick für politische Möglichkeiten und sein Bemühen, sein Amt nicht als Parteimann, sondern Sachverwalter des Volkes zu führen, gerühmt. Es wird weiter betont, daß es Herrn Ebert zu verdanken sei, daß sich die deutsche Revolution nicht in östlicher Form entwickelte. Auch sei es nicht seine Schuld, daß die Neuwahl des Präsidenten noch nicht stattfand. Bis zur Neuwahl aber „ist Herr Ebert der Repräsentant des deutschen Volkes und des Deutschen Reichs und hat Anspruch darauf, als solcher respektiert zu werden." Dann meinte der Artikel, daß demgemäß auch die Bevölkerung Münchens den Reichspräsidenten mit der Achtung empfangen werde, die er in seiner hohen Stellung und auch als Mensch verdiene. Der Artikel hat wohl den Versuch dargestellt, noch in letzter Minute auf die Gemüter beruhigend einzuwirken.

Zum demonstrativen Protest gegen den Besuch haben die Rechtsparteien im Dom am Sarge König Ludwigs III. einen Kranz niedergelegt und dem bayerischen Ministerpräsidenten brieflich mitgeteilt, daß „sie an dem Tage, an dem zum ersten Male der Repräsentant eines neuen Deutschland in München erschienen ist, ihrerseits in dankbarer Verehrung der deutschen Fürsten gedacht haben, unter denen Deutschland und Bayern mächtig, glücklich und einig geworden ist."

Im Gegensatz zu all diesen Erscheinungen widmet das Parteiblatt der bayerischen Sozialdemokratie dem Besuch einen begeisterten Begrüßungsartikel.

Es gibt immer Extreme auf beiden Seiten! Deshalb ist es an sich kein Wunder, wenn bei den innerpolitischen bayerischen Verhältnissen beide sich Luft gemacht haben. Man mag sich nun persönlich zu Ebert stellen wie man will, so wird man doch die Vorkommnisse in München beim Besuch des Präsidenten kaum billigen können. Der „Bayr. Kurier", das Organ der Bayr. Volkspartei, die innerlich von dem Besuch kaum begeistert sein wird, schreibt selbst: „Welchen Nutzen solche Demonstrationen bringen sollen, ist schlechterdings unerfindlich; auf der anderen Seite ist der Schaden unverkennbar, denn München kommt durch derartige Vorgänge in Verruf."

Bayern hat als Vorkämpfer des föderalistischen Gedankens an sich innerhalb des Deutschen Reichs einen schweren Stand. Auch angesichts der Tatsache, daß partikularistische, ja selbst separatistische Tendenzen immerhin einigen Boden haben, wäre kluge politische Zurückhaltung erst recht am Platze. München ist ferner das Zentrum eines großen, auch ausländischen Fremdenverkehrs. Auf das Ausland muß das Anti-Ebertsche Auftreten leider sehr ungünstig, und zwar in mehrfacher Hinsicht, wirken. Die Kreise, die immer noch auf die Zerreißung Deutschlands spekulieren, müssen auf diese Weise gestärkt werden. Selbst die schärfsten Vorkämpfer gegen den Berliner Unitarismus, der auch durch die Bayern so stark entgegenkommenden Begrüßungsworte Eberts nicht aufgehoben wird, können unmöglich das — zart ausgedrückt — unfreundliche Auftreten gegen den Vertreter des Reichs als politisch klug, am wenigsten taktvoll, auch nicht einmal demokratisch, rechtfertigen und billigen.

*

w. **München**, 13. Juni. Der Reichspräsident hat sich heute morgen um 7 Uhr im Sonderzug nach Mittenwald begeben, um das Walchenseekraftwerk zu besichtigen.

*

Vom Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 12. Juni. Der Siedlungs- und Wohnungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat sich in seinen Sitzungen vom 1. und 9. Juni mit dem Gesetzentwurf über Mieterschutz und Mieteinigungsämter beschäftigt und festgestellt, daß eine Aufhebung der Mieterschutzgesetzgebung so lange nicht angängig ist, als das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei Wohnräumen besteht. Der Gesetzentwurf wurde mit einer Reihe von Aenderungen angenommen, die sich insbesondere auf die Möglichkeiten des Vermieters, auf Auflösung des Mietsverhältnisses zu klagen, auf die Weitervermietung von Wohnräumen und auf die sogenannten Werkswohnungen beziehen. Der Gesetzentwurf wird die nächste Vollversammlung beschäftigen.

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Deutscher Reichstag

(225. Sitzung.)

t. **Berlin**, 13. Juni. (Drahtber.) Den Platz des Abg. Oberbürgermeister Scheidemann (Kassel), der bei seinem Eintritt in den Sitzungssaal von seinen Freunden lebhaft beglückwünscht wird, schmückt ein Blumenstrauß.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 2.20 Uhr und teilt mit, daß vom Präsidenten der griechischen Nationalversammlung ein Telegramm eingegangen ist, in dem gegen die von den Türken an der christlichen Bevölkerung Kleinasiens verübten Greuel protestiert wird.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. **Koch-Leser** (Dem.) weist darauf hin, daß die Preise für Medikamente und heilkräftige Heilwässer in erschreckendem Maße gestiegen sind, und verlangte das Einschreiten der Regierung gegen diese unbegründeten Preissteigerungen. Ein Regierungsvertreter entgegnet, daß die allgemeine Preissteigerung an dieser Höhe der Preise schuld sei. Die Preise werden jetzt kontrolliert.

Abg. Dr. **Barth**-Chemnitz (D.Ntl.) und Dr. **Moretzki** (D. Vp.) fordern ein Reichsrahmengesetz zur Regelung der Anstellungs- und Versorgungsverhältnisse der Schutzpolizei. Oberregierungsrat Wagner stellt fest, daß ein Gesetzentwurf über die Schutzpolizei bereits dem Reichsrat zugegangen ist. Die Regierung legt großen Wert darauf, daß die Vorlage noch in der laufenden Tagung erledigt wird.

Auf eine Anfrage des Abg. **Ziegler** (Soz.), wann die Entscheidung über die Befreiung einzelner Banken von der Aufnahme von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat fallen wird und in welchem Sinne, läßt die Regierung erwidern, daß die Entscheidung bald fallen werde; in welchem Sinne könne noch nicht gesagt werden.

Abg. Dr. **Rieser** (D. Vp.) beschwert sich darüber, daß zahlreiche nach Frankreich und Belgien gelieferte deutsche Pferde zu erhöhten Preisen nach Deutschland zurückverkauft werden, so wieder in die Hände der Reichsverwaltung kommen und von neuem an die Entente geliefert werden. Oberregierungsrat Heinitz erwidert, es sei bekannt, daß solche Pferde von der Entente nach Holland verkauft werden und von dort nach Deutschland kommen. Ueber ihre mehrfache Lieferung nach Deutschland sei jedoch nichts bekannt.

Abg. **v. Schoch** (D. Vp.) verlangt ein Fliegerschädengesetz und Anerkennung eines Rechtsanspruchs auf Schadenersatz. Ein Ministerialrat erwidert, daß dieses Fliegerschädengesetz unter das allgemeine Schadengesetz falle und ein besonderes Fliegerschädengesetz unnötig sei.

Abg. **Hemeter** (D.Ntl.) fragt an, ob die Regierung angesichts der seit Beginn der Frühjahrsbestellung in den verschiedensten Gegenden Deutschlands ausgebrochenen, offensichtlich mehr politischen Charakter tragenden Landarbeiterstreiks bereit ist, im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung die landwirtschaftlichen Betriebe durchweg als lebenswichtig zu erklären, die Bestellungsarbeiten als unaufschiebbare Notstandsarbeit anzuerkennen, die Technische Nothilfe auf Aushilfe im Landarbeiterstreik sofort einzusetzen und den Schutz der Arbeitswilligen durch Schutzpolizei oder Militär ausüben zu lassen. Regierungsrat Mangold teilt mit, daß die Regierung zur Sicherung der Frühjahrsbestellung das Erforderliche getan habe. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1921 werde dabei zur Anwendung gebracht. Der Einsatz der Technischen Nothilfe sei durch die gesetzlichen Bestimmungen geregelt. Ohne weiteres könne sie nicht sofort eingesetzt werden. Der Schutz der Arbeitswilligen sei grundsätzlich Sache der Länder.

Abg. **Krüger** (Soz.) fragt an, ob es richtig sei, daß die Angehörigen des Hauses Hohenzollern bis heute keine Steuern bezahlt hätten, worauf ein Regierungsrat erwidert, es sei nicht richtig, daß die Angehörigen des Hauses Hohenzollern keine Steuern bezahlt und daß die Steuerbehörden den Angehörigen des Hauses Hohenzollern billige Reichssteuern gestundet haben.

Auf die Interpellation Crispien (U.S.P.) über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission und Dr. Lauscher über die Note der Botschafterkonferenz wegen der Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiete wird innerhalb der gesetzlichen Frist Antwort erteilt.

Es folgt die erste Beratung des

Gesetzentwurfs über Artikel 18 der Reichsverfassung (Neubildung von Ländern durch Volksabstimmung).

Abg. Dr. **Gradnauer** (Soz.) betont, daß das Gesetz im wesentlichen technische Fragen enthalte und für die Neueinteilung Oberschlesiens von Wichtigkeit sei.

Abg. Dr. **Lauscher** begrüßt die Vorlage.

Abg. Dr. **Levi** (U.S.P.) hält es für erforderlich, daß mit den Kleinrechtstaaten aufgeräumt wird.

Abg. **Koch** (Dem.) spricht sich für den Regierungsentwurf aus.

Abg. Dr. **Beyerle** (D. V. P.) führt aus, daß die Ausführung des Artikels 18 einen demokratischen Ausbau unseres Verfassungsrechtes in die Zukunft hinein bedeute.

Abg. **Graf Bernstorff** (D. Han.) nennt die Vorlage eine Lahmlegung des Artikels 18. Die Gefahr der Einmischung des Auslandes bestehe weiter.

Abg. **v. Kardorff** (D. V.) bezeichnet Artikel 18 als eine der unglücklichsten Bestimmungen der Verfassung.

Die Vorlage wurde darauf dem Rechtsausschuß überwiesen, und es folgte die zweite Lesung des

Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt,

durch das amtlich das Jugendwohlfahrtsamt eingeführt wird. Zur Sicherung einer gleichmäßigen Erfüllung der den Jugendämtern obliegenden Aufgaben sind Landesjugendämter einzurichten. Die Vorlage enthält noch besondere Schutzbestimmungen für Pflegekinder und regelt die Fürsorgeerziehung.

Abg. **Leuthäuser** (D. V.) erklärte, daß ohne die Gesundung unserer Jugend ein Wiederaufbau unseres Volkes nicht möglich sei.

Abg. **Neuhaus** (Ztr.) warnt vor Bürokratisierung und Politisierung der Jugendpflege.

Während einer Rede des Abg. Leuthäuser wurde der Abg. Breunig (USP) plötzlich von einem heftigen Unwohlsein erfaßt, worauf er zusammenbrach. Er mußte aus dem Saale getragen werden. Vizepräsident Dr. Rieser brach die Sitzung für eine Viertelstunde ab.

Um 6 Uhr eröffnete Präsident **Löbe** wiederum die Sitzung und teilte mit, daß Abg. Breunig bereits seit Wochen krank gewesen sei. Er hoffe, daß der Unfall keine ernstlichen Folgen haben möge, und schlug Vertagung der Sitzung vor.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Müller-Franken (Sozd.) über die Beteiligung der Reichswehr an den Kundgebungen in Königsberg. Interpellation Crispien (USP) über den gleichen Gegenstand. Kleine Vorlagen. Weiterberatung. Schluß nach 6 Uhr.

Badischer Landtag

t. **Karlsruhe**, 13. Juni. In der Aussprache über

das Wohnungsabgabegesetz

befaßte sich

Abg. v. Au (W. Vg.) zuerst mit den Ursachen der Wohnungsnot: Einstellung der Bautätigkeit während des Krieges, zahlreiche Eheschließungen usw. Das Bestehen der Wohnungsnot ist in seinem vollen Ausmaß zu spät erkannt worden. Der Hausbesitzer hat ein Recht darauf, daß seine Arbeit (Hausverwaltung) ihm auch vergütet wird. Wir haben Leute, die auf die Verwaltung der von ihnen gebauten oder gekauften Häuser angewiesen sind. Von den bürgerlichen Parteien verlange ich eine entschiedene Stellungnahme, damit man sieht, wo links anfängt. Aber diese entschiedene Linie ist in der letzten Zeit vielfach verwischt worden. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen war etwas Segensvolles während des Krieges; sie war schon damals einseitig, denn sie stützte nur die Mieter. Die Auswüchse der Zwangswirtschaft haben den Gedanken ihres planmäßigen Abbaues reifen lassen. Die Arbeit hierzu soll unverzüglich in Angriff genommen werden. Von einem Abbau ist aber bisher nichts zu merken gewesen. Redner macht kritische Bemerkungen zum Reichsmietengesetz und betont seine Gegnerschaft zur Sozialisierung und Kommunalisierung. Dem Gesetzentwurf über die Wohnungsabgabe stimmen wir zu, weil wir glauben, daß dadurch die Bautätigkeit gefördert werden kann. Ohne freie Wirtschaft aber ist es nicht möglich, den Wohnungsmangel zu beheben. Wir wollen keineswegs eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft; das ist wirtschaftlich gar nicht möglich und durchführbar. Aber an den Abbau der Zwangswirtschaft muß herangetreten werden, sonst können wir nie das Wohnungsbedürfnis befriedigen. Die Steigerung der Mieten können wir nicht hintanhalten, sie kommt auf jeden Fall, sowohl bei einer Zwangswirtschaft, wie auch bei der freien Wirtschaft. Ohne moralischen Aufbau gibt es keinen wirtschaftlichen Aufbau. Es genügt nicht allein, die Gesetzgebungsmaschine in Tätigkeit zu setzen. Auch der Hausbesitzer verlangt im demokratischen Staat nur Gerechtigkeit.

Abg. Freudenberg (Dem.): Nur durch Erstellung neuer Wohnungen kann der Weg zur neuen Wirtschaft gefunden werden. Aber bei noch so gesteigerten Mieten wäre es heute eine Unmöglichkeit, die Mittel für die neuen Wohnungen aufzubringen. Es geht nicht an, einfach aus Schulden zu bauen. Es bleibt kein anderer Weg, als aus öffentlichen Quellen die Mittel aufzubringen, um den Wohnungsbau zu fördern. Eine völlige freie Wirtschaft auf dem Gebiet des Wohnungswesens können wir solange nicht vertreten, solange nicht Angebot und Nachfrage sich ausgleichen. Was die Bauweise anbelangt, so scheint mir, daß Flachbau unbedingt dem Vielstockhaus vorzuziehen sei. Die wirtschaftliche Krise werden wir in ihrem vollen Umfang erst in den kommenden Jahrzehnten verspüren. Niemand kann den Optimismus haben, daß die Industrie in der Lage ist, die Massen späterhin zu beschäftigen, wie dies zurzeit noch geschieht. Der Rückschlag muß eintreten, und in dem Augenblick, in dem er kommt, wird in die großen Mietshäuser die große Sorge einziehen, und es wird viele unglückliche Menschen geben. Aber diejenigen, die neben ihrer Wohnung noch einiges Land besitzen, werden dort noch etwas Arbeit finden, und ihr Leben wird ihnen weniger unbefriedigend vorkommen, wie das der Stadtbewohner. Ich möchte deshalb die Regierung und das Arbeitsministerium dringend ersuchen, trotz der Widerstände, am Kleinwohnungsbau festzuhalten.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D. Nt.): Gegen den Gesetzentwurf haben wir gewichtige Bedenken, wir werden ihm aber zustimmen, weil auf dem Gebiet des Wohnungsbaues irgend etwas geschehen muß. In den Jahren 1919/20 ist auf dem Gebiet des Wohnungswesens sicher viel versäumt worden. Man darf auf dem Gebiet des Wohnungsbaues nicht mit Utopien arbeiten, wie es der Abg. Stock gestern getan hat, sondern man muß sich auf praktischen Boden stellen. Die Mieter müssen einsehen — und so viele haben das auch eingesehen — daß die Verhältnisse zwischen Hausbesitzer und Mieter sich ändern müssen. Der sinkende Geldwert ist auf allen Gebieten zum Ausdruck gekommen, nur auf dem Gebiete der Miete nicht. Das war ein unsozialer Zustand. Wir hätten schon viel früher einsehen sollen, daß es ungesund war, die Mieten zwangsmäßig nieder zu halten. Diesen Mißgriff der Wohnungspolitik der letzten Jahre müssen wir jetzt teuer bezahlen. Am schlimmsten sind aber Kleinrentner daran, und deshalb begrüßen wir es, daß ihnen eine Befreiung von der Wohnungsabgabe zugesichert ist. Aus diesen Gründen stimmen wir diesem Gesetzentwurf, wenn auch nicht leichten Herzens, zu.

Abg. Weber (D. V.) stimmte den Ausführungen des Abg. Freudenberg hinsichtlich der Art der Bauweise zu. Es ist bedenklich, auf unbestimmte Zeit hinaus die Zwangswirtschaft festzulegen. Die Hausbesitzer dürfen wir nicht als Wucherer ansehen. Das Gesetz ist vom sozialen Standpunkt aus eine Notwendigkeit, denn auch der Hausbesitzer muß existieren können. Deshalb müssen wir auch auf einige Zeit hinaus noch an der Zwangswirtschaft festhalten. Aber wir stimmen auch dem Antrage von Au zu, der die Vorbereitungen zum Abbau der Zwangswirtschaft wünscht, denn wir müssen mit der Zeit aus dem Zwangswirtschaftsstaat herauskommen. Die private Bautätigkeit sollte soweit wie möglich gefördert werden, man sollte die Baugenossenschaften nicht einseitig bevorzugen. Die Schonung des Kleinrentners wird auch von uns unterstützt. Der Wohnungswucher wird übrigens nicht von den Hausbesitzern getrieben, sondern von vielen Mietern, die aus abgegebenen Zimmern nicht nur den Mietzins, sondern noch mehr herausschlagen wollen. Unter diesen Mietern befinden sich aber auch viele Kleinrentner, die geradezu gezwungen sind, aus Zimmervermietungen viel herauszuschlagen, damit sie selbst ihr Leben fristen können. Das Reichsmietengesetz wird auch hier Abhilfe schaffen.

Abg. Freidhof (U.S.P.): Das bestehende System der heutigen Wirtschaftsordnung ist an der Wohnungsnot schuld. Das Bauen kann nur auf dem Boden der Gemeinschaft geschehen und aus diesem Grunde müssen die Gewinne der Baustoffbesitzer verschwinden.

Abg. Bock (Kom.): Die Wohnungsnot kann solange nicht gelöst werden, solange der Hausbesitz in privaten Händen bleibt.

Ministerialrat Imhoff gibt Aufschluß über einige Bestimmungen des Reichsmietengesetzes. Die badische Regierung hat in Berlin ihre Bedenken gegenüber dem Reichsmieterschutzgesetz vorgetragen, aber keine wesentlichen Erfolge erzielt. Die Bautätigkeit auf dem Lande ist vielfach sehr rege. Die Badische Baustofflieferungsgesellschaft hat preismildernd gewirkt. Auch die erhöhten Mittel werden nicht ausreichen, um alle Wünsche zu befriedigen. Auch für Umbauten sollen Zuschüsse gewährt werden. Wir wollen alle Möglichkeiten erfassen, um der Wohnungsnot zu steuern. Wir fördern den Flachbau, ohne starr an ihm festzuhalten. Wir gewähren Baudarlehen in hohem Umfang auch für den Hochbau.

Hier wurde kurz nach 1 Uhr abgebrochen. Fortsetzung nachmittag ¼4 Uhr.

Nachmittagssitzung.

t. **Karlsruhe**, 13. Juni. Bei sehr schwachbesetztem Hause wurde die Nachmittagssitzung mit der Erledigung einer Kurzen Anfrage eingeleitet, in der Abg. Wilser (D.V.) Auskunft über die Zweifrankenabgabe an der badisch-schweizerischen Grenze erbat. Ministerialdirektor Leers erklärte dazu, die sofortige Aufhebung der Frankenabgabe sei nicht beabsichtigt. (Hört! Hört!) Die badische Regierung stehe mit dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Unterhandlung, um die Frankenabgabe auf einen Franken oder 50 Centimes herabzusetzen.

In der fortgesetzten Aussprache über das Wohnungsabgabegesetz bemerkte

Abg. Dr. Herfurth (Ztr.) mit der Raubtierwirtschaft des Großkapitalismus werden wir nicht mehr auskommen. Die Syndikate wirken auf dem Gebiet der Baustoffwirtschaft äußerst schädigend. Es ist nicht so, daß man behaupten kann, das Zentrum hätte für das Reichsmietengesetz gestimmt. Nur ein Drittel stimmte dafür und deshalb geht es nicht an, das Reichsmietengesetz dem Zentrum an die Schöße zu hängen. Im Interesse des Baugewerbes möchte ich bitten, daß die Baudarlehen schneller ausbezahlt werden; werden diese Darlehen nicht oder nur zögernd ausbezahlt, so müssen auch die Handwerker lange auf ihre Gelder warten.

Abg. Horter (Soz.) bespricht den Wucher mit möblierten Zimmern und die Baustoffbewirtschaftung. Herrn Kampffmeyer haben wir in Baden auf dem Gebiet des Wohnungswesens viel zu danken. (Abg. Dr. Schofer (Ztr.) ja, ja: Hagenschieß. — Heiterkeit.) Die Gartenstädte und Baugenossenschaften sind das Werk Kampffmeyers. Zur Aufhebung der Zwangswirtschaft können wir unsere Zustimmung nicht geben.

Abg. Mager (D.N.): Ich bin ein ausgesprochener Gegner jeder Zwangswirtschaft. Mit der Anlegung eines Mietkatasters wird man gar nichts erreichen; man wird nur eine große, neue Belastung schaffen. Die vorgelegten Anträge stellen keine Lösungen dar.

Minister Dr. Engler: Im Reichstag war es nicht möglich, die Mehrheit für ein anderes Reichsgesetz zu finden. Es ist bedauerlich, daß das Gesetz in seiner heutigen Fassung ein Kompromiß aller Richtungen darstellt. Wir werden die Hauskonten nicht sperren, wo die Hausbesitzer sich als richtige Verwalter des Hauses erweisen. (Abg. Schofer (Ztr.): Der Hausbesitzer muß in seinen Wohnungen noch etwas zu sagen haben.) — Auf diesem Standpunkt stehe ich auch. Die Sondergerichte sollten den ordentlichen Gerichten angegliedert werden. Nur Berufungen sollten nicht zulässig sein. Diese Berufungen würden doch zu nichts führen. Die Hauptsache heute ist, daß wir Geld zum Wohnungsbau bekommen. Welche Gründe Sie dazu leiten, dem Gesetz zuzustimmen, ist uns im Grunde genommen gleichgültig. Es ist bedauerlich, daß gegen das Einfamilienhaus immer wieder losgezogen wird. Ein Engländer, der vor Jahren Deutschland besuchte, hat erklärt, daß Deutschland auf sozialem Gebiet an erster Stelle stehe, aber in seinem Wohnungsbau nicht im entferntesten an England heranreichen könne. Es wäre ein trauriges Zeichen für die Arbeiter und Beamten, wenn sie die kleinen Beträge für die Wohnungsabgabe nicht tragen könnten. Mit dem, was in Baden geschehen ist, können wir uns wohl sehen lassen. Die Bautätigkeit im letzten Jahr ist ohne Stockung weiter gegangen.

Weitere Ausführungen der Abgg. Fischer-Lahr (Landb.), Kullmann (Soz.), v. Au (W.Vgg.) drehten sich in der Hauptsache um die Bemerkung des Abg. Fischer, daß der Landbund mit einer Ausnahme gegen das Gesetz stimmen werde, wenn sein Antrag auf Gewährung des gleichen Staatszuschusses bei Wohnungsumbauten wie bei Wohnungsneubauten nicht angenommen werde. — Nach weiteren Erörterungen bemerkte Abg. Klaiber (Landb.), seine Fraktion werde für das Gesetz stimmen, auch wenn über seinen Antrag erst nachher abgestimmt wird.

Damit ist die Beratung beendigt.

Das Wohnungsabgabegesetz wurde hierauf mit den vom Haushaltausschuß vorgenommenen Aenderungen in erster und später auch in zweiter Lesung mit allen gegen drei Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Annahme fand zum Teil einstimmig, zum Teil mit Mehrheit ein Antrag des Haushaltausschusses, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß im Interesse der Behebung der Wohnungsnot a) durch intensivere Förderung der Neubautätigkeit der planmäßige Abbau der Zwangswirtschaft des Wohnungswesens ermöglicht, b) der Wucher mit Baustoffen durch eine scharfe Ueberwachung der Preisbildung energisch bekämpft, c) die Ausfuhr von Baumaterialien, soweit sie nicht durch den Friedensvertrag bedingt ist, verhindert, und d) die Bestimmungen über die Beschränkung des Absatzes und die Erzeugung von Baustoffen aufgehoben werden.

Ferner soll bei der Reichsregierung dahin gewirkt werden, daß bei der in Aussicht stehenden Neuregelung des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues folgende Gesichtspunkte zur Geltung kommen: a) schonliche Behandlung der landwirtschaftlichen Oekonomiegebäude, b) ähnliche Berücksichtigung der kleingewerblich benutzten baulichen Anlagen, c) Abstaffelung der Wohnungsabgabe für kinderreiche Familien und nach sonstigen sozialen Grundsätzen. Ferner sollen Vorschriften erlassen werden, daß die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern Mietkataster aufzustellen haben, um dadurch die Unterlagen zu schaffen für die Erhebung der Wohnungsabgabe nach dem Mietwert.

Bei der Abstimmung über die weiter aus den Reihen der Abgeordneten vorliegenden Anträge wurde ein von dem Abg. v. Au (W.Vgg.) und Landbundabgeordneten unterschriebener Antrag auf unverzügliche Einleitung des planmäßigen Abbaus der Zwangswirtschaft des Wohnungswesens mit 36gegen 28 Stimmen angenommen. (22 Abgeordnete fehlten.) Ein Antrag der Unabhängigen, die Baustoffbewirtschaftung in Eigenverwaltung zu nehmen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein unabhängiger Antrag, wonach der Vermieter verpflichtet sein soll, die Höhe der vereinbarten Miete dem Mieteinigungsamt anzuzeigen. Eine von sozialdemokratischer Seite vorgelegte Resolution, die in ihrem ersten Teil eine scharfe Ueberwachung der Baustoffpreise wünscht, wurde einstimmig angenommen. Der zweite Teil dieser Resolution, der zur Erwägung gibt, die Produktion von Baustoffen in geeignet erscheinender Form selbst in die Hand zu nehmen, wurde mit 31 gegen 27 Stimmen angenommen. Abgelehnt wurde ferner ein Landbundantrag über Zuschüsse für Umbauten.

Das weiter zur Abstimmung vorliegende Gesetz betr. die Aenderung des Gesetzes über die Deckung des außerordentlichen Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbaues konnte nicht verabschiedet werden, da die zur Abstimmung notwendige Dreiviertelmehrheit der Abgeordneten nicht anwesend war. Die Abstimmung wurde deshalb vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 20. Juni, nachmittags ¼4 Uhr.

Die Tagesordnung wird später bekannt gegeben.

Verschiedene Drahtmeldungen

Bevorstehendes Erscheinen eines Buches des früheren deutschen Kaisers.

Berlin, 13. Juni. Wie die Blätter mitteilen, ist zwischen dem Verlag des früheren deutschen Kaisers, Koehler in Leipzig, und einem amerikanischen Konsortium ein Vertrag über ein demnächst erscheinendes Buch des früheren deutschen Kaisers zustande gekommen. Danach wird gegen Zahlung von 250 000 Dollars der Neuyorker Verlag Harper, Großber u. Max Pluwes Newspapersyndikat das alleinige Verlagsrecht für die ganze Welt mit Ausnahme von Deutschland und Oesterreich, wo der Koehlersche Verlag das Werk verlegen wird, erhalten.

Beratungen der Reparationskommission.

w. **Paris**, 13. Juni. Die Reparationskommission ist gestern zu einer offiziellen Sitzung zusammengetreten, um über den Text einer neuen Note an Deutschland zu beraten, die die Ergänzung des am 31. Mai als Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 28. Mai nach Berlin gerichteten Memorandum bilden sollen. In diesem Memorandum hat die Reparationskommission sich vorbehalten, einige noch ungeklärte Punkte, wie die Frage der Autonomie der Reichsbank und der Maßnahmen gegen die Kapitalflucht zum Gegenstand einer besonderen Mitteilung zu machen. Die Kommission, die gestern noch zu keinem endgültigen Entschluß gekommen ist, wird heute ihre Beratungen fortsetzen.

Der „Petit Parisien" teilt in diesem Zusammenhang mit, daß der Gedankenaustausch zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung in der nächsten Zeit wieder sehr lebhaft werden würde, da das Scheitern des Anleiheplanes eine neue Inflationswelle in Deutschland entstehen lasse, der die Reparationskommission schon heute feste Grenzen zu ziehen beabsichtige.

Brauns Stoffarben
millionenfach bewährt! Verlange stets die echte Marke „Brauns". Es gibt nichts gerade so Gutes. In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Bestecke
reicher Auswahl — erster Fabrikate
zu äußersten Tagespreisen
J. Petry Wwe., Hofl.
Kaiserstraße 102 Telephon 1558.

Landesversammlung des badischen Philologenvereins in Freiburg i. B.

(2. Tag.)

Die öffentliche Hauptversammlung wurde von dem 1. Vorsitzenden Prof. Dr. Schnitzler eröffnet mit einer Begrüßung an die erschienenen Ehrengäste und Vertreter. Zunächst antwortete Staatspräsident und Unterrichtsminister, Prof. Dr. Hummel, im Namen der Regierung. Aus den warmen Worten, mit denen er der Höheren Schule und ihres Lehrerstandes gedachte, sei folgendes herausgegriffen: Die Höhere Schule hat ihre Aufgabe vor und nach dem Kriege voll erfüllt. Wir wissen, daß die Arbeit, die das deutsche Volk in den letzten Jahrzehnten geleistet hat, getragen war von den Erfolgen des wissenschaftlichen Geistes, der auf den Höheren deutschen Schulen gepflegt wird. Diesen Geist der Wissenschaftlichkeit in unserer deutschen Jugend zu pflegen, sie zu guten Bürgern heranzubilden, zu Bürgern des Staates, aber auch der Menschheit, zu ganzen Menschen ist Ihre (zu der Versammlung) und meine Aufgabe. Möge unsere Arbeit von Erfolg begleitet sein für die nationale Zukunft Deutschlands. Möge auch Ihre heutige Arbeit reichen Erfolg haben.

Es sprachen weiter der Rektor der Freiburger Universität Geheimrat Rackfahl für die Universität, Geheimrat Brie für die philosophische und naturwissenschaftliche Fakultät, Bürgermeister Dr. Hofner im Namen der Stadt Freiburg, Prof. Diehl-Stuttgart im Namen der württembergischen und hessischen Philologenvereine und Hauptlehrer Schilling-Freiburg im Namen des Badischen Lehrervereins.

Nach dem Festvortrag des Universitätsprofessors Krebs über die geographischen Grundlagen unseres Deutschtums wurde vom 1. Vorsitzenden der Jahresbericht erstattet, der der Versammlung die ganze Fülle der im Laufe des Geschäftsjahres behandelten Fragen der Schule und des Standes vor Augen führte, die auch nur aufzuzählen hier der Raum fehlt. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit einer in dieser Zeit der Sorgen, der Berufswahl und des Existenzkampfes wichtigen Untersuchung der Frage: Wer soll unseren Nachwuchs bilden in den Reihen der höheren Lehrer? An alle Schichten der Bevölkerung richtete er die Mahnung: Höret nicht auf, uns zu unterstützen mit Geld und Bildungsmitteln, lasset uns nicht verkommen in Armut, sonst verschwindet die Sonne aus dem Schulleben Eurer Kinder, schickt uns immer wieder die besten und kräftigsten aus Euren Reihen für unseren Nachwuchs, dann kann es gelingen, das neue Werk der Erziehung.

Den Schluß des Vormittags bildete der Bericht von Direktor Dr. Ott-Karlsruhe über die Hauptarbeiten des Ausschusses für Schul- und Erziehungsfragen. Im Rahmen dieses kurzen Berichts kann leider auf die Fülle und Tiefe der behandelten Fragen nicht eingegangen werden.

Die allgemeine Mitgliederversammlung am Nachmittag brachte in reger Aussprache die Erledigung verschiedener wichtiger Fragen. Geheimrat Rebmann berichtete über die Not der deutschen Schulen im Ausland und forderte zu deren Unterstützung auf; Prof. Schnitzler berichtete über die Vertreterversammlung des Vortages. Die vorgelegten Leitsätze zur Gestaltung des Vorbereitungsdienstes (Prof. Dürr-Heidelberg und Prof. Dr. Bender-Karlsruhe) wurden angenommen, ebenso diejenigen über den Vorbereitungsdienst und über die Uebernahme in den staatlichen Dienst (Direktor Bucherer-Pforzheim); desgleichen die Leitsätze über „mittlere Reife."

Prof. Fürst berichtete über Beamten- und Besoldungsfragen. Der herrschenden wirtschaftlichen Not gab die Versammlung Ausdruck durch folgende Entschließung: „Da die Steigerung während des Monats Mai weiter angehalten hat, kann die Mairegelung des Gehalts nicht mehr als genügend gelten. Der Philologenverein erwartet von den Spitzenorganisationen des Reichsbunds höherer Beamten und des deutschen Beamtenbundes, daß sie für eine sofortige Neuregelung des Gehalts eintreten. Der Philologenverein bringt ganz allgemein zum Ausdruck: Infolge der Senkung des Gehalts der oberen Beamtengruppen ist die Notlage der höheren Beamten eine außerordentliche geworden. Abhilfe tut dringend not."

Es folgte dann ein kurzer Bericht von Prof. Bender über die Lage der Außerplanmäßigen und von Prof. Rheiner-Karlsruhe über die Organisation und Arbeit des Presseausschusses. — Als Ort der nächsten Landesversammlung wurde Karlsruhe bestimmt.

Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Fragen und Entschließungen endete die aus allen Teilen des Landes zahlreich besuchte Tagung, die von der Bereitwilligkeit des höheren Lehrerstandes Zeugnis gab, auch Opfer zu bringen für unsere Schule, unsere Jugend und unser Volk.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Dienstag, den 13. Juni 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 34 Std.
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—
Danzig	760,0	16	NNO		leicht	halbbd.		6
Berlin	761,9	13	NW		leicht	bedeckt		1
Frankfurt	762,6	13	WNW		leicht	bedeckt		6
München	762,8	11	NNW		schwach	bedeckt		1
Kopenhag.	—	—	—		—	—		—
Stockholm	758,6	18	NNO		leicht	heiter		0
Havaranda	—	—	—		—	—		—
Skudenes	760,3	11	SW		leicht	wolkig		0
Valentia	771,3	11	NNO		mäßig	—		3
Paris	763,6	15	WNW		leicht	wolkig		0
Toulouse	765,6	18	WNW		schwach	wolkig		0
Zürich	763,2	11	N		leicht	Regen		3
Spitzbergen	—	—	—		—	—		—

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7⁰⁰

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std.
Königstuhl Seehöhe 563 m							
762,3	9	14	8	NW	leicht	Nebel	5
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
763,1	11	19	10	SW	leicht	bedeckt	8
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
762,2	11	19	11	O	leicht	bedeckt	9
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	12	19	11	NW	leicht	wolkig	0
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	9	17	7	N	leicht	halbbd.	0
Villingen Seehöhe 712 m							
763,8	9	17	8	SW	leicht	Regen	1
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
652,2	5	10	4	NW	leicht	bedeckt	0

Allgemeine Witterungsübersicht.

Bei hohem Luftdruck über Westeuropa und tiefem im Osten haben ganz Deutschland kühle, feuchte, aus dem hohen Norden stammende Luftmassen überflutet, strichweise sind wieder Niederschläge gefallen. — Eine durchgreifende Aenderung der Wetterlage scheint noch nicht bevorzustehen.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 14. Juni: Zeitweise aufheiternd, strichweise noch Niederschläge, nur wenig wärmer, nördliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	13. Juni		12. Juni
Schusterinsel	3,20 m		3,40 m
Kehl	4,03 m		3,89 m
Maxau	5,93 m		5,77 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5,81 m
„	— m	abends 6 Uhr	5,83 m
Mannheim	5,08 m		4,91 m

Hausbesitzer,
welche beabsichtigen, ihr Anwesen gegen Ungeziefer zu versichern, tun gut, wenn sie vor Vertragsabschluß die Leistungsfähigkeit des Unternehmens prüfen. Als hervorragende Spezial-Firma empfiehlt sich die
Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer
Anton Springer,
nur Ettlingerstraße 51, Telephon 2340.
Aelteste, größte und leistungsfähigste Anstalt am Platze. — Eigene Fabrik mit einer Tagesleistung von 4500 kg. — Vergasungsleistung in einem Tag bis zu 80000 cbm. — Einzig technisch vollendete Entmottungsanlage für Polstermöbel etc. — Streng reelle, gewissenhafte und diskrete Bedienung.

Arbeitsvergebung.
Für den Neubau von 5 Wohnhäusern für die Badische Maschinenfabrik in Durlach sollen nachstehende Arbeiten vergeben werden:
1. Grab- und Maurerarbeiten,
2. Steinhauerarbeiten, rot,
3. Steinhauerarbeiten, grün,
4. Eisenbetonarbeiten,
5. Zimmerarbeiten,
6. Dachdeckerarbeiten (Ziegel),
7. Blechnerarbeiten,
8. Schmiedearbeiten.
Pläne u. Bedingungen liegen im Büro des Unterzeichneten zur Einsicht auf, woselbst auch die Angebotsvordrucke erhältlich sind. Die Angebote sind bis spätestens am **Samstag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr,** verschlossen, mit der nötigen Aufschrift versehen und portofrei an den Unterzeichneten einzureichen. Die Bauherrschaft behält sich die Wahl unter den Bewerbern vor.
Durlach, 7. Juni 1922.
Hermann Bull, Architekt, B. D. A., Bergbahnstr. 6.

Miet-Gesuche
Dame sucht sofort **zwei leere Zimmer,** bezw. Küche und Zimmer. Angebote unter Nr. 790 ins Tagblattbüro erbeten.
Ruhiges, gebild. Ehepaar ohne Kinder sucht in gutem Hause **2 gemütlich möblierte Zimmer** mit Kochgelegenheit zu mieten. Weststadt bevorzugt. Wäsche u. Geschirr wird gestellt. Angeb. unt. Nr. 735 ins Tagblattbüro erbeten.

Kapitalien
125000 Mk., 1. Hypothek, zu 6–7% Zins **gesucht.** Hauswert 250000 Mk. Angebote unter Nr. 732 ins Tagbl.
1000 Dollar Gewinnanteile per Jahr, bei einer Einlage von 200 Mille, an reeller, deutsch-amerikan. Sache. Eilangeb. unter Nr. 689 ins Tagblattbüro erbet.
Suche **Kapitalbeteiligung** an gutgehendem besserem Geschäft, evtl. Uebernahme desselben. Angebote mit näheren Angaben unter Nr. 727 ins Tagblattbüro erbet.

Offene Stellen
Alleinmädchen gesucht. Frau **Sch.-Rothschild,** Kreuzstraße 21.
Besseres Mädchen zu Kinder für sofort gesucht. **Weil,** Kaiserstr. 144
Mädchen nicht unter 16 Jahren, welche im Nähen bewandert sind, für meine Kragenfabrik gesucht. Wäscherei **Schorpp,** Kaiser-Allee 37.
Gesucht **Mädchen** für kleinen Haushalt in besseres Haus bei sehr guter Bezahlung und Behandlung. Kenntnisse im Kochen erwünscht, leichte Gartenarbeiten vorkommend. Eintritt baldmöglichst. Meldungen erbeten von **Frau Otto Brodbeck,** Holzhandlg., **Feldrennach** (Wtbg.).

Hypothek
Ich suche eine II. Hypothek von 30—40000 Mark auf mein etwa 12 Jahre altes Anwesen. Letzteres entspricht heute einem Wert von 400000 Mark. Belastet ist es mit einer I. Hypothek von 42000 Mark. Angebote unter Nr. 687 ins Tagblattbüro erbeten.

Gelernte **Sacknäherinnen** und ungelernte jüngere **Arbeiterinnen** sofort gesucht.
Karlsruher Sackfabrik, Schwanenstraße 11.

Konservatorium sucht zum 15. September **Violinlehrerin für Mittelklasse** Nebenfach: evtl. Klavier-Unterklasse. Angebote mit Gehaltsansprüche, Studiengang, Lebenslauf und Bild unter Nr. 731 ins Tagblattbüro erbeten.

Mädchen für Küche und Haushalt auf 15. Juni zu 2 Personen gesucht. **H. Reichard,** Werderplatz 44.
Mädchen gesucht sauberes, ehrliches, möglichst vom Lande, umständehalber sofort oder später bei Familienanschluß für kleinen Haushalt. Durlacher Allee 40, II. r.
Jüng., **gewissenhaftes Mädchen** z. Beaufsichtig. ein. Kindes tagsüb. bei Verpfl. sof. od. 1. Juli gesucht. Herrenstraße 36 I.

Männlich
Nebenverdienst durch Schreibarbeit an Personen m. guter Handschrift dauernd zu vergeben. Angebote unter Nr. 678 ins Tagblattbüro erbeten.
Hausbursche (Radfahrer) per sofort gesucht. Drogerie **Walz.**
Fuhrmann zum sofortigen Eintritt gesucht. **Ph. Schumacher** Baugesch., Georg-Friedrichstraße 28.

Stellen-Gesuche
Anständige Frau, im Nähen, Kochen und allen häusl. Arbeiten erfahren, sucht für später tag- oder stundenweise Beschäftigg. Angebote unter Nr. 733 ins Tagblattbüro erbet.

Verloren u. gefunden
Schwarze Katze mit bl. Band u. Glöckchen verl. Bitte Nachricht nach Amalienstraße 46, II.

Verkäufe
Zu verkaufen: Haus mit gutgehender Bäckerei — Nähe Bahnhof — in 4 Wochen beziehbar. Das Objekt ist noch neu und wird sehr preiswert abgegeben. **Adolf Linder,** Kaiser-Allee 67, Telephon 2598. Straßenbahn-Haltestelle Yorkstraße.
Zu verkaufen: Durlach—Villa auf dem Turmberg mit 3 Morgen Feld, mit ca. 70 Obstbäumen u. etwas Wald. Der größte Teil des Anwesens ist umzäunt. **Adolf Linder,** Teleph. 2598. Kaiser-Allee 67, Haltestelle der elektr. Straßenbahn Yorkstraße.
Kompl. **Zimmereinrichtung** f. 3 Zimm. u. Küche an bess. Ehepaar zu verm. Bismarckstr. 73, III. Das. weiß. **Kinderbett** u. **Wickelkommode** z. verk.
Diwans, Klubsessel, Chaiselongues zu verk. **E. Walter,** Leopoldst. 13.
Zu verkaufen: Stehpult f. Büro, 1 Paar Damenspangenschuhe f. neu Gr. 37, mod. beige Herrenhut f. neu, Gr. 55. Holzkoffer, Tornister: Kurvenstraße 8. part. rechts.
1 pol. Bett m. Rost, 1 Galeriestange f. Doppelfenst. 1 Voile-Kleid (mittl. Fig.) zu verk.: Friedenstr. 23, Seitenbau, 2. Stock.
Großer runder eichener Wirtstisch, eleg. hohe Damenschuhe, neu (schmale Füße), Gr. 36—40, ein Posten getr. Herrenkleider, Hosen, Ueberzieher, Westen für mittl. Figur, zusammen M 1500.—, vol. Schrank, 2 schöne Eisschränke, Waschtisch, extragroßer Holzkoffer, groß. Spiegel für Maßgeschäft, Konfektion, groß., schön. Hl.-Bild, preiswert zu verk. **H. Sonntag,** Kommissionsgeschäft, Durlacher Allee 10. Tel. 959.
Zirka 25 Küchenhocker, selbstgemachte, preiswert zu verkaufen. Rüppurrerstr. 38. Eingang Werderstr., Werkst.
Violine gutes, eingespieltes Instrument m. Formetui z. verk. Kaufe gt. erhalt. **Hängematte.** Eignez, Gottesauerstraße 17, II.
1 Nähmaschine, 1 eis. Bettstelle, 1 eis. Kinderbettstelle zu verk.: Durlacher Allee 21 I rechts. Händler verbeten.
Herde, auch auf Teilzahlung, zu verk. **Vögele,** Grenzst. 10.
Email-Herde Lackierte Herde Garantie für Brennen und Backen, kleine Herde für Notwohnung., Gasherde, Waschkessel mit Feuerung billigst, **Teilzahlung gestattet.** Reparaturen, Ersatzteile etc., Herdschiffe. **Gartenstraße 10,** Hof, Nähe Ortskrankenk. **Ph. Kranz.**
Wir haben einen guterhaltenen **Pritschenwagen,** 150 Ztr. Tragkraft, zu verkaufen. **Gebr. Palm,** Metallwarenfabrik, Marienstraße 60.
Guterhalt. **Klappsportwagen** und **Kinderschaukel** billig z. verkf. Morgenstr. 55, III. l. **Schelling.**
Schlossers Weltgeschichte 20 Bände, tadel. erhalten, reich illustriert preiswert abzugeben. Zu erfr. im Tagblattbüro.
6 reinraff. 12 Wochen alte **Wolfshunde** preisw. zu verk. Eltern prämiert. **Joa,** Fliederstraße 2.
Ziege zu verkaufen. Lohfeldstraße 35.

Kaufgesuche
Hotels, Pensionen, Villen, Geschäfts- und Landhäuser für vorgemerkte Käufer gesucht. **Treuhandbüro für Handel und Gewerbe Karlsruhe** Hans Thomastraße 5.
Kinderbett u. Laufstall für Kind gesucht. Angebote unter Nr. 729 ins Tagblattbüro erbeten.

Haus mit Ia Wiener Café zu verkaufen! (936) In badischer Stadt! Konkurrenzlos! Gut eingerichtet. Preis 800 Mille. Anzahlung 550 Mille. **Wolff, Moos & Co., G. m. b. H. in Bensheim.**

Grundstücksverkauf, 10 Morgen, geschlossen, landwirtschaftlich bebaut, in Nähe Karlsruhe, Dorfvillenviertel, für ca. Mk. 300000. Angebote unter Nr. 714 ins Tagblattbüro erbeten.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 4 Uhr entschlief sanft nach längerem schweren Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, mein lieber guter Mann, Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Hermann Hemmerle

Kaufmann

Wir bitten um stilles Beileid in unserem großen Schmerz.

Karlsruhe, Wiesbaden, Pforzheim, Freudenstadt, den 13. Juni 1922.
Trauerhaus: Vinzentiusstr. 10.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Anni Hemmerle u. Kind Anneliese.

Beerdigung findet statt: Freitag, den 16. Juni, nachmittags 2 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof.
Seelenamt: Freitag früh 7 Uhr, St. Michaelskirche Karlsruhe-Beiertheim.

Kaufe fortwährend **gebrauchte Möbel** jeder Art, einzelne Stücke und ganze Einrichtung., Federnbetten etc. **D. Gutmann,** Rudolfstraße 12.
Papagei zu **kaufen gesucht.** Angebote unter Nr. 722 ins Tagblattbüro erbeten.
Möbel, Kleider etc.!! Versteigerung Kommissionsverkf. erl. **Ackermann,** Auktionat. Karlstr. 37. Tel. 5516
An- u. Verkauf ganzer Haushaltungen, Einzelmöbel, Teppichen, Antiquitäten etc. **Uebernahme von Versteigerungen.** **Herm. Guggenheim,** Markgrafenstraße 25 — Telephon 4971 —
Alt-Gold Silber — Platin-Gegenstände Gebisse, Brennstifte, kauft zu höchstem Preis **L. Theilacker,** Uhrmacher, Hebelstr. 23, gegenüb. „Kaffee Bauer."
Bester Zahler für getrag. Kleider, Schuhe Weißzeug, Alt Eisen, Metall, Lumpen, Papier, Pfandscheine, Keller- u. Speicherkram, Sekt- und Weinflaschen. **J. Brief,** Fasanenstraße 35.
Probieren g. üb. studieren Kaufe und verkaufe **getrag. Kleider, Schuhe, Wäsche, Nähmaschinen Pfandscheine, Möbel,** aller Art Gegenstände. **Psisucha,** Zähringerstraße 30. Postk. genügt. Bitte auf Hausnummer zu achten.
Ausgekämmte Frauenhaare kauft zu konkurrenzlos hohen Preisen Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstr. 32.

Am 12. Juni verschied nach längerem schweren Leiden unser Verbandsmitglied Herr Zahnarzt
Adolf Mahlbacher
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen liebenswürdigen und pflichtbewußten Kollegen, dem wir ein ehrendes Gedächtnis bewahren werden.
Wirtschaftlicher Verband Deutscher Zahnärzte Ortsgruppe Karlsruhe.

Platin-, Gold- u. Silber- Gegenstände kauft und zahlt den höchsten Tagespreis **Rudolf Barth,** Uhren u. Goldwaren 53 Kaiserstraße 53 gegenüber dem Eingang der Techn. Hochschule
Alteisen, Altpapier sowie Flaschen aller Art und sämtliche **Altmetalle** kauft zu höchstem Tagespreis **D. Turner,** Sofienstr. 65 Tel. 5426 u. 4316
Eilen Sie bevor es zu spät ist, bei günstiger Zeit uns zu **höchsten Preisen** Ihre **alten Lumpen, Eisen, Metalle, Papier usw.** zu verkaufen. **Kleiner & Stechler** Rüppurrerstraße 92 Telephon 4146.

Unterricht
Unterricht in Mathematik und Physik jed. Unterabteil. bei mäßig. Honorar. Ang. u. Nr. 728 ins Tagblattbüro erbet.

Trauerbriefe jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung **C. F. Müllersche Hofbuchhandlung** m. b. H.

Neuanlegen und Instandhaltung von Haus-, Zier-, Obst- und Gemüsegärten, sowie das Schneiden der Formobstbäume und Balkonkästenbepflanzung übernimmt hier und auswärts bei billigster Preisberechnung **Paul Bardenwerper** Kunst- und Landschaftsgärtner Karlsruhe i. B., Postfach 4. Offeriere billigst: Obstbäume, Beerenobst, Stauden, Zierpflanzen, Sämereien und Düngemittel.

Für alle Wirtschaften, Kaffees, Hotels usw., in denen das „Karlsruher Tagblatt" ständig gehalten wird, stehen **elegante Zeitungshalter** sowie Plakate mit dem Hinweis, daß das „Karlsruher Tagblatt" aufliegt, kostenlos zur Verfügung. **Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblattes** Ritterstraße 1.